

OA-Update Sanktionen – 2022/37 – Entwicklungen vom 02. Juni

(Stand: 02.06., 12:00 Uhr)

Inhalt:

- **1. Aktuelle Informationen /Deutschland**
- **2. Termine**
- **3. EU-Sanktionen gegen Russland**
- **4. Russland-Gegensanktionen**
- **5. Sanktionen der USA**
- **6. Sanktionen weiterer Länder**
- **7. Auswirkungen der Krise auf die Wirtschaft (Presseauswertung)**
- **8. Informationen zur ukrainischen Wirtschaft –
Beteiligungsmöglichkeiten**
- **9. Hilfsaktionen**

1. Aktuelle Informationen / Deutschland

OA-Task-Force

Informationen zu unserer **OA-Task Force** und alle bisherigen Sanktions-Updates finden Sie auf unseren Internet-Seiten. [Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Wir haben für Sie auch Sammlungen aller bisherigen Sanktionsentwicklungen in der EU, Russland und den USA angelegt. Diese sind hier zu finden:

[OA-Update Sanktionen | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Sollten Sie allgemeine Fragen zur aktuellen Krisenentwicklung an den Ost-Ausschuss haben oder erstmals mit uns in Kontakt treten, wenden Sie sich bitte an:

Alena Akulich, a.akulich@oa-ev.de, Tel: 030-206167-129.

Online-Briefing: „Wege durch den Sanktionsdschungel“ - Präsentationen

Mit Beginn des Überfalls auf die Ukraine sind zu den bereits existierenden sehr viele neue [Sanktionen](#) hinzugekommen. Für Firmen ist es essenziell zu wissen, von welchen Einschränkungen sie betroffen sind, und wie sie mit der Situation umgehen müssen. Um für mehr Klarheit zu sorgen, hat die [Kontaktstelle Mittelstand beim Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#) zusammen mit der Regionaldirektion Russland am 30. Mai [den Austausch](#) mit Experten der [Kanzlei Luther](#) und der Beratungsfirma [RSP International](#) organisiert. Rechtsanwalt und Partner [Olé Melchior](#) hat neben einem [Gesamtüberblick über alle geltenden europäischen Sanktionen](#) auch deren Wirkung in einzelnen Fällen beschrieben. [Russland und Belarus haben Gegenmaßnahmen](#) erlassen, deren Zielrichtung und Umfang die Partner von RSP [André Scholz und Patrick Pohlit](#) erläuterten. Ob und welche Chancen Unternehmen haben, im Falle des Falles ihre [Assets vor fremdem Zugriff](#) zu schützen, beschrieb abschließend [Dr. Richard Happ](#) von Luther.

Alle Powerpoint-Präsentationen zu dieser Veranstaltung finden Sie unter den angegebenen Links oder zum Download am Ende dieser Seite:

[Wege durch den Sanktionsdschungel | Online | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Die Reihe mit Briefings zu Sanktionsthemen wird in Kürze fortgesetzt.

dpa:

VDMA-Umfrage zu Konjunktur und Russland-Geschäft

Der Maschinenbau als eine der wichtigsten deutschen Exportbranchen knüpft seine Hoffnungen in diesem Jahr an die Energiesicherheit und eine Entspannung der Handelsprobleme in China. Zu Beginn der Hannover Messe am Montag sprach der Präsident des Verbands VDMA, Karl Haeusgen, von Belastungen aus dem Ukraine-Krieg, in den Lieferketten und beim Nachschub, die auf die Konjunktur drückten. „Aber zugleich können wir auf ein sehr hohes Auftragspolster blicken“, ergänzte er. „Deshalb rechnen wir für 2022 weiter mit einem realen Produktionswachstum, müssen unsere Prognose aber von bisher plus 4 Prozent auf plus 1 Prozent reduzieren.“

Grundsätzlich könne sich die Kernindustrie - wenngleich ausgebremst - von der Corona-Krise erholen. Dies hänge jedoch davon ab, dass es keine abrupte Unterbrechung der Energieversorgung gebe. Haeusgen betonte außerdem: „Es braucht vielerorts hohe Investitionen, um die Wertschöpfungs- und Lieferketten neu auszurichten.“ In China trafen neue Pandemie-Lockdowns auch deutsche Ein- und Ausfuhren empfindlich.

In einem optimistischen Szenario erwartet die Schlüsselbranche für 2022 eine nominale - also nicht preisbereinigte - Steigerung der Umsätze um bis zu 8 Prozent, entsprechend möglichen Gesamterlösen von 239 Milliarden Euro. Allerdings gehört die Inflation in Verbindung mit knapperen Rohstoffen und Vorprodukten zu den größten Unsicherheiten. Und die industriellen Erzeugerpreise sind den Endverbraucherpreisen in vielen Ländern enteilt.

Im für die Maschinen- und Anlagenbauer bedeutenden Russland-Geschäft könnte sich wegen der Sanktionen seit dem Kriegsbeginn Ende Februar fast ein Totalausfall abzeichnen, wie eine Umfrage nahelegt. Demnach gaben 95 Prozent der rund 300 teilnehmenden VDMA-Mitglieder an, ihre Tätigkeit in Russland sei spürbar eingeschränkt oder vollständig zum Erliegen gekommen.

Drei von vier Unternehmen rechnen mit weiteren Verschlechterungen oder sogar mit einem Aus ihrer Russland-Aktivitäten. Zur Debatte über Unabhängigkeit von Moskau und zur Umsetzung der EU-Klimaschutzpakete meinte Haeusgen, es müsse jetzt „unbedingt ein wesentlich größerer Fokus auf eine Steigerung der Energieeffizienz gelegt werden“.

Im ersten Quartal hatten die Exporte einschließlich Preiserhöhungen gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 0,4 Prozent auf 43,6 Milliarden Euro zugelegt. Im Einzelmonat März sanken sie aber um 6,2 Prozent. Gut lief zuletzt vor allem das Geschäft in den USA.

Ein Risiko für die Maschinenbauindustrie bleibt allerdings die russische Invasion in der Ukraine. Sie hat inzwischen zu einer Vollbremsung der Geschäfte mit der Region geführt. Dies ergibt sich aus einer aktuellen Umfrage des VDMA unter Mitgliedsfirmen, die auf dem russischen Markt mit Produktion, Vertrieb oder Service tätig sind. 95 Prozent der knapp 300 an der Umfrage beteiligten Unternehmen meldeten, dass ihre Geschäftstätigkeit in Russland inzwischen spürbar eingeschränkt oder vollständig zum Erliegen gekommen ist. Hierbei spielen vor allem die gegenseitigen Sanktionen, Reise-

und Transportbeschränkungen sowie die allgemeine Verunsicherung aufgrund des Kriegs die entscheidende Rolle.

„Wie stark der Krieg alles verändert hat, sieht man daran, dass vier von fünf Firmen ihre Geschäftsaussichten mit Russland vor der Invasion noch als gut oder zufriedenstellend bezeichneten“, erläuterte Haeusgen. Nun rechnen drei Viertel der Unternehmen damit, dass sich ihre Geschäfte mit Russland in den kommenden sechs Monaten entweder noch weiter verschlechtern oder sie diese ganz aufgeben werden. Weitere 20 Prozent wagen angesichts des Kriegs überhaupt keine Prognose mehr. „Die Sanktionen gegen Russland wirken, und sie sind absolut richtig“, betonte Haeusgen. „Der russische Markt ist für die Maschinenbauunternehmen traditionell zwar ein Exportmarkt. Die Investitionen in Produktion und Montage vor Ort sind gemessen an der Größe des Marktes vergleichsweise niedrig. Dennoch kann der Verlust dieses Marktes für einzelne Firmen sehr schmerzhaft sein, es gibt oft langjährig enge Beziehungen, und die Betriebe fühlen sich auch zu Recht verpflichtet gegenüber ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Russland. Selbst wenn es, wie wir alle hoffen, zu einem raschen Ende des Kriegs und der Wiederherstellung der territorialen Souveränität der Ukraine kommen sollte – es wird viele Jahre dauern, bis die Geschäfte mit Russland wieder auf einem echten Vertrauensverhältnis beruhen können“, prognostizierte der VDMA-Präsident.

Wichtig für den Weg nach vorne ist nach Ansicht des VDMA, dass der russische Angriffskrieg die Debatte über den Klimaschutz auch in Europa nicht in den Hintergrund drängen darf. Das Maßnahmenpaket „Fit for 55“ wird immer noch im Europäischen Parlament und im EU-Ministerrat verhandelt. „Hier sind jetzt dringend Fortschritte erforderlich – sowohl für den Klimaschutz, aber auch, um die Abhängigkeit von russischer Energie zu reduzieren“, forderte Haeusgen. Dabei sollte jetzt unbedingt ein wesentlich größerer Fokus auf eine Steigerung der Energieeffizienz gelegt werden. Die Technologien hierfür sind vorhanden und sie könnten kurzfristig die Abhängigkeiten Europas von Russland reduzieren.

Klimaneutralität und Versorgungssicherheit

Der Krieg in der Ukraine führe auch im Maschinen- und Anlagenbau allen Akteuren schmerzlich vor Augen, dass die Energieversorgung neu aufgestellt werden müsse und es zusätzlicher Anstrengungen bedarf, um die Abhängigkeit von russischer Energie so rasch wie möglich zu beseitigen. Zugleich müsse die Bekämpfung des Klimawandels energisch vorangetrieben werden. „Klimaschutz und Versorgungssicherheit müssen zusammengedacht werden“, betonte Haeusgen. „Dabei gibt es unterschiedliche Konzepte, um beide Ziele gemeinsam zu erreichen. Ein neues Strommarktdesign kann beides unterstützen. Hierbei ist die Refinanzierbarkeit von Energieanlagen ein wichtiger Schlüssel“, sagte der VDMA-Präsident.

Zusätzlich zum beschleunigten Ausbau der Erneuerbaren Energien gewinne die Nutzung von grünem Wasserstoff für flexible Kraftwerke an Bedeutung. Die Kraftwerke übernehmen in der Transformation die wichtige Aufgabe der Reserve-Kapazitäten. „Sie fungieren gewissermaßen als Versicherung, wenn Wind und Sonne nicht in ausreichender Menge verfügbar sind“, erläuterte Haeusgen. „Der Maschinen- und Anlagenbau macht

diesen Wandel erst möglich und hält die entsprechenden Technologien für die Transformation bereit.“

BDI-Pressemitteilung: Nur noch leichtes Wachstum für Ausfuhren und Industrieproduktion im laufenden Jahr

- Industrie senkt Exportprognose wegen Krieges und internationaler Krisen auf 2,5 Prozent
- Unterbrechung russischer Gasexporte würde Wirtschaft in die Rezession schicken
- Für Versorgungssicherheit schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren erforderlich
- Wirtschaftliche Stärke notwendig, um Autokratien die Stirn zu bieten und eigene Werte zu verteidigen

Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) rechnet für das laufende Jahr nur noch mit einem leichten Wachstum von Exporten und Industrieproduktion.

„Versorgungsnetzwerke und Lieferketten sind zum Zerreißen gespannt. Noch immer beschäftigen uns das Coronavirus und seine Folgen – akut durch die fehlgeschlagene Null-Covid-Politik Chinas, perspektivisch in der Sorge vor einer neuen Virusvariante im Herbst“, sagte BDI-Präsident Siegfried Russwurm am Montag zum Auftakt der Hannover-Messe. „Das macht dieses Jahr extrem herausfordernd und schwächt das Wirtschaftswachstum erheblich.“

Der BDI hält im laufenden Jahr einen Anstieg der Produktion im verarbeitenden Gewerbe von knapp zwei Prozent im Vergleich zum Vorjahr für möglich. Die Zunahme falle geringer aus, als die Industrie sich das vor der russischen Invasion vorgestellt habe. Dies gelte auch bei den Ausfuhren, sagte Russwurm: „Für die deutschen Exporte erwarten wir für 2022 in realer Rechnung einen Anstieg um rund 2 ½ Prozent.“ Im Januar war der BDI noch von etwa vier Prozent ausgegangen.

Wegen der immensen Risiken gebe der BDI die Prognose in dieser unsicheren Zeit mit Konditionierungen ab. Eine zentrale Voraussetzung für das Erreichen der Prognose ist demnach, dass die Lieferkettenprobleme in der zweiten Jahreshälfte merklich abnehmen. Zudem müsse russisches Gas weiterhin Westeuropa erreichen, dürfe also hierzulande niemand ein Embargo beschließen. „Eine Unterbrechung russischer Gasexporte würde das Wachstum in Europa abwürgen und unsere Wirtschaft in die Rezession schicken“, sagte Russwurm.

Unternehmen wie Regierungen müssten klimapolitische Anstrengungen bei der Sicherung und Diversifizierung der Energieversorgung von Anfang an im Blick haben, unterstrich der BDI-Präsident: „Kurzfristig geht es vor allem um die Versorgung mit Flüssig-Erdgas, das wir als Brückentechnologie dringend brauchen.“ Der schnellstmögliche Ausbau der erneuerbaren Energien und der Umstieg auf Wasserstoff sollten vorangetrieben werden – durch schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren in einem modernen Staat, der bereit sei, zu entscheiden und umzusetzen, und auch hier auf Digitalisierung setze: „Wir

brauchen viel mehr Tempo für Anlagen und Netze, denn Versorgungssicherheit ist das A und O für den Erhalt unserer wirtschaftlichen Stärke.“

Die Industrie befasst sich laut Russwurm intensiv damit, wie sich Rohstoffbezüge absichern und wesentlich stärker diversifizieren lassen. Aus einer neuen Analyse des BDI geht hervor, dass von den 30 Rohstoffen und Rohstoffgruppen, welche die EU als kritisch einstuft, momentan zehn hauptsächlich aus China geliefert werden. Die seltenen Erden, die Unternehmen etwa für Elektrifizierung und in der Windkraft benötigen, würden zu 69 Prozent in China gefördert. Die Aufbereitung zum einsatzfähigen Rohstoff erfolge sogar zu 86 Prozent in China. „Ohne Rohstoffe keine Industrie 4.0, keine Energiewende, keine E-Mobilität“, sagte Russwurm.

„Unser Blick auf das Risiko einseitiger Abhängigkeiten ist inzwischen deutlich geschärft. Diese müssen wir überwinden und sollten dort, wo es möglich ist, auch Deutschland und Europa als Explorations- und Verarbeitungsstandorte nicht ausschließen“, forderte der BDI-Präsident. Dies könne ökologische und soziale Vorteile bieten, denn mit einer nachhaltigen Gewinnung und Weiterverarbeitung von Rohstoffen wüchsen integrierte Wertschöpfungsketten und hochwertige Arbeitsplätze. „Der BDI setzt weiter auf Globalisierung und weltweite Wertschöpfungsketten – China eingeschlossen.“ Aber es sei vernünftig, nicht alle Eier in einen Korb zu legen. „Nachhaltige Rohstoff-Versorgung und diversifizierte Bezugsquellen sind als prioritäres Thema für Forschung und Entwicklung am Innovationsstandort Deutschland klar erkannt.“

Als Technologie der Zukunft steht dem BDI zufolge vor allem Wasserstoff im Fokus der Hannover-Messe. „Für die Wasserstoff-Offensive braucht Europa jetzt dringend mehr eigene Elektrolysekapazitäten und grenzüberschreitende Infrastrukturen, denn wir werden auch als klimaneutrales Industrieland einen großen Teil unseres Energiebedarfs importieren müssen“, verlangte Russwurm. Deshalb sei es wichtig und richtig, dass Politik und Unternehmen gemeinsam globale Energiepartnerschaften etablierten.

„Das menschliche Leid durch den russischen Krieg in der Ukraine und die fortwährenden Brüche fundamentalen Völkerrechts durch Russland markieren die jähe Unterbrechung des gemeinsamen zivilisatorischen Fortschritts in Europa im 21. Jahrhundert“, stellte der BDI-Präsident fest. Nur ein wirtschaftlich starkes Deutschland, ein wirtschaftlich starkes Europa könnten Autokratien die Stirn bieten und notfalls politisch beschlossene Sanktionen auch durchhalten. „Den Preis von Sanktionen müssen wir tragen können, um unsere Standards und Werte der freien, demokratischen Welt zu verteidigen“, sagte Russwurm: „Es ist der Preis dafür, dass sich die Stärke des Rechts durchsetzt und nicht das Recht des vermeintlich Stärkeren.“

Den BDI-Industriebericht mit neuer Export- und Produktionsprognose finden Sie [hier](#). Die BDI-Analyse zu energetischen Rohstoffen finden Sie [hier](#).

Manager-Magazin:

Uniper und RWE haben Zahlungen für russisches Gas umgestellt

Die Energiekonzerne Uniper und RWE haben ihre Zahlungen für russisches Erdgas so umgestellt, dass sie den neuen Vorgaben aus Russland ebenso entsprechen wie den westlichen Sanktionen wegen des Krieges in der Ukraine.

Uniper teilte mit, man zahle „in Euro im Einklang mit dem neuen Zahlungsmechanismus.“ Die erste Zahlung sei Ende Mai erfolgt. Uniper handle auf diese Weise sanktionskonform und könne weiterhin eine fristgerechte Vertragserfüllung gewährleisten. „Das Vorgehen war im Vorfeld mit der Bundesregierung abgestimmt worden und folgt den entsprechenden EU-Leitlinien.“ Zu den Details der Zahlungen wollte sich das Unternehmen nicht äußern.

Deutschlands größter Stromversorger RWE erklärte ebenfalls, er habe seine Zahlungsmethode nach den neuen Vorgaben umgestellt. „Wir bestätigen, dass wir Euros in das Konto gezahlt haben“, erklärte das Unternehmen. Das Unternehmen hatte vor zwei Wochen mitgeteilt, es habe für künftige Zahlungen ein Euro-Konto in Russland eröffnet. Russland hatte vor dem Hintergrund des Ukrainekriegs von als unfreundlich eingestuften Ländern wie Deutschland die Umstellung auf eine Zahlung in Rubel verlangt. Der staatliche Gasriese Gazprom hat unter anderem Polen, Bulgarien, Dänemark, den Niederlanden und Finnland den Gashahn zugedreht, nachdem diese die Forderung abgelehnt hatten.

Deal der G7 mit russischen Oligarchen?

Auf dem Treffen der G7-Finanzminister auf dem Bonner Petersberg in der vergangenen Woche soll die kanadische Vizepremierministerin und Finanzministerin Chrystia Freeland vorgeschlagen haben, russischen Oligarchen zu erlauben, Geld für den Wiederaufbau der Ukraine zu spenden, um so die Sanktionen aufzuheben und sich von Präsident Putin zu distanzieren. Hier finden Sie das Kommuniqué des Treffens:

[Microsoft Word - 01 Petersberger Kommuniqué@ G7 FMN BG 20 Mai 2022 final.docx \(bundesregierung.de\)](#)

Neue Ukraine- und Belarus-Analysen erschienen

In der neuen Ausgabe der Ukraine-Analysen geht es um Flucht in und aus der Ukraine sowie die Auswirkungen des Krieges auf das ukrainische Bildungssystem.

[Ukraine-Analysen Nr. 269 | Länder-Analysen \(laender-analysen.de\)](#)

Die 60. Ausgabe der Belarus-Analysen hat ebenfalls einen Schwerpunkt zum Krieg in der Ukraine und dessen Wahrnehmung in den belarussischen Medien und der Gesellschaft.

Hier finden Sie das kostenlose Download:

[Belarus-Analysen Nr. 60 | Länder-Analysen \(laender-analysen.de\)](#)

Bundeswirtschaftsministerium – Kontakte zu Sanktionsfragen/Russlandthemen

- Energieversorgung im BMWK: buero-iiib6@bmwi.bund.de
- Rohstoffe: buero-ivb5@bmwi.bund.de
- Sanktionsbezogene Fragen: sven.sattler@bmwi.bund.de
- VB2 (Sanktionen)
Frau Dr. Conrad
Herr Blaschke
E-Mail: Buero-VB2@bmwi.bund.de

Euler Hermes – Russland und Belarus – Infoseite:

[Russland - Ukraine - AGA-Portal \(agaportal.de\)](http://agaportal.de)

Übersichtsseite des BAFA zu Russland-Sanktionen

[BAFA - Russland](#)

Sanktionsübersicht der deutschen Zollbehörde

Der deutsche Zoll hat auf seiner Internetseite konsolidierte Fassungen zu den europäischen Sanktionsverordnungen gegen Russland und Belarus eingestellt:

Russland:

[https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eu_833_2014.pdf?blob=publicationFile&v=9\)](https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eu_833_2014.pdf?blob=publicationFile&v=9)

Belarus:

https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eg_765_2006.pdf?blob=publicationFile&v=19

GTAI-Sanktionsübersicht

Über diese Internet-Seite von Germany Trade&Invest finden Sie die wichtigsten Sanktionsübersichten und Informationen zu wirtschaftlichen Folgen des russischen Krieges gegen die Ukraine: [Russland-Ukraine-Konflikt \(gtai.de\)](#)

2. Terminübersicht

3. Juni: Informationsaustausch mit der deutschen Wirtschaft zur aktuellen Lage bzgl. Russland und der Ukraine am 03. Juni 2022, 11:00 – 12:00 Uhr

Auswärtiges Amt, Bundeswirtschaftsministerium und Bundesfinanzministerium laden wieder Unternehmen gemeinsam zu einem Austausch über sanktions- und exportkontrollbezogenen Fragen ein.

Sollten Sie die Einladung nicht direkt erhalten haben, melden Sie sich mit Ihrem Teilnahmewunsch bitte direkt unter dieser Kontaktadresse:

Caren Brinkmann, 402-s@auswaertiges-amt.de

Die Ministerien bitten um Verständnis, dass eine Rechts- bzw. Einzelberatung im Rahmen des genannten Informationsaustauschs nicht möglich sein wird und weisen zudem auf folgende Informationsangebote des Bundesamts für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle und der Bundesbank hin:

Kontaktdaten, FAQs und vieles mehr finden Sie auf der Seite des BAFA:

[hier](#)

Und auf der Seite der Bundesbank:

[hier](#)

7. Juni: Online-Sitzung des Arbeitskreises Fachkräftesicherung

Der Ost-Ausschuss-Arbeitskreis ist eine branchen- und regionenübergreifende Plattform zum Austausch der Mitgliedsunternehmen im Bereich Fachkräftesicherung sowie für den Dialog mit Experten und Stakeholdern in Deutschland und den Partnerländern.

Die Online-Sitzung am 7. Juni 2022 bietet Input und Diskussionsmöglichkeiten zu folgenden Themen: Unterstützung für Fachkräfte in/ aus der Ukraine; rechtliche Rahmenbedingungen für temporäre Arbeitsmarktintegration; Unternehmensprojekte.

Die Agenda der Sitzung finden Sie [hier](#).

Bitte melden Sie sich bei Interesse bis zum 6. Juni 2022 bei Petya Hristova:

P.Hristova@oa-ev.de

8. Juni: Online-Update von EulerHermes zu „Deckungspraxis Russland, Belarus und Ukraine“ von 8:30 – 9:30 Uhr

Angesichts des russischen Angriffs auf die Ukraine hat die Bundesregierung am 24.2.2022 die Übernahme von Exportkreditgarantien (Hermesdeckungen), Garantien für Ungebundene Finanzkredite und Investitionsgarantien des Bundes für Russland und Belarus bis auf Weiteres ausgesetzt. Am 26.2.2022 ist zudem ein EU-weites Verbot von Exportkredit- und Investitionsgarantien für Russland in Kraft getreten.

Es werden für Russland und Belarus keine Anträge auf Übernahme von staatlichen Garantien bearbeitet. Bereits bestehende Exportkredit- und Investitionsgarantien sichern Exporteure, finanzierende Banken und Investoren weiterhin gegen Zahlungsausfälle und politische Risiken in diese Länder ab.

Hier der Link zur Anmeldung:

[Online-Event Exportabsicherung MENA - AGA-Portal \(agaportal.de\)](https://www.agaportal.de)

Weitere Online-Events sind für den 22.6. und 20.7. geplant.

Hier finden Sie die [Übersicht](#) der Veranstaltungen.

13. Juni 2022: Tag der deutschen Wirtschaft in Kirgisistan

Am 13. Juni 2022 organisiert der Ost-Ausschuss der deutschen Wirtschaft gemeinsam mit dem Ministerium für Investitionen der Kirgisischen Republik, der Nationalen Investitionsagentur unter dem Präsidenten der Kirgisischen Republik, dem kirgisischen Außenministerium sowie der Delegation der deutschen Wirtschaft für Zentralasien in der kirgisischen Hauptstadt **den Tag der deutschen Wirtschaft**.

Das Wirtschaftsforum richtet sich an deutsche und kirgisische Unternehmen, Investoren und wirtschaftsnahe Akteure, sowie politische Entscheider des Ziellandes. Nach der einführenden Plenarsitzung wird im Rahmen dreier branchenspezifischer Panels der Fokus auf die potenzialträchtigen Zukunftsfelder „Green Economy“, „IT“ und „Agrartechnologie“ gelegt. Bereits in der Region aktive, deutsche Unternehmen werden Ihre Aktivitäten und Erfahrungen in den jeweiligen Bereichen vorstellen und im Dialog mit Vertretern aus Politik und Wirtschaft des Gastlandes die Möglichkeiten und Chancen skizzieren.

Der Tag der deutschen Wirtschaft findet **am 13. Juni 2022 von 10:00 bis 16:00 Uhr lokaler Zeit im Hotel „Sheraton Bishkek“, ul. Kiyevskaya 148 B, Bischkek, Kirgisistan** statt.

Nähere Informationen zu den Referenten und dem Veranstaltungsablauf entnehmen Sie bitte dem beigefügten Programm. Sie können sich bis spätestens 1. Juni unter diesem [Link](#) zur Veranstaltung anmelden.

20. bis 24. Juni 2022: Delegationsreise „Energieerzeugung durch Erneuerbare Energien in Aserbaidschan“

Die Delegationsreise wird von der AHK Aserbaidschan zusammen mit der RENAC AG im Rahmen des Projekts Exportinitiative Energie des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz organisiert. Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft unterstützt die Reise als Kooperationspartner.

Innerhalb dieser viertägigen Geschäftsreise erhalten deutsche Firmen und aserbaidische Schlüsselakteure am 21. Juni 2022 die Möglichkeit, am Deutsch-Aserbaidschanischen Nachhaltigkeitsforum mit dem Schwerpunktthema „Erneuerbare Energien in Aserbaidschan“ teilzunehmen.

Die Geschäftsreise bietet Ihnen die Gelegenheit,

- die aktuelle Marktsituation vor Ort näher kennenzulernen,
- ermöglicht einen fachlichen und lösungsorientierten Austausch zwischen den relevanten Marktteilnehmern
- an B2B-Meetings teilzunehmen sowie
- mit Akteuren staatlicher Stellen in den Dialog zu treten sowie an Rundtischgesprächen und Betriebsbesichtigungen teilzunehmen.

Nutzen Sie die Gelegenheit, um neue Geschäftsmöglichkeiten zu erschließen, Projekte kennenzulernen und Ihr professionelles Geschäftsnetzwerk vor Ort zu erweitern!

Informationen zu den Teilnahmebedingungen, zur Anmeldung sowie zum Programm der Reise und des Forums am 21. Juni finden Sie auf den Seiten der AHK Aserbaidschan: [Geschäftsreise „Energieerzeugung durch erneuerbare Energien in Aserbaidschan“ \(ahk.de\)](https://www.ahk.de).

Für weitere Fragen steht Ihnen in Baku Frau Turkan Maharramova (E-Mail: turkan.maharramova@ahk-baku.de; Tel: +994 12 497 63 06) zur Verfügung.

5. bis 6. Juli: Delegationsreise nach Usbekistan

Vom 5. bis 6. Juli 2022 organisiert der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft gemeinsam mit dem Deutsch-Usbekischen Wirtschaftsrat **eine Delegationsreise unter der Leitung des Vorstandsmitglieds und Sprecher des Länderkreises Zentralasien im Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft sowie Co-Vorsitzenden des Deutsch-Usbekischen Wirtschaftsrates Manfred Grundke nach Taschkent**, zu der wir Sie herzlich einladen möchten. In der usbekischen Hauptstadt sind hochrangigste politische Gespräche vorgesehen.

Im Falle eines Teilnahmeinteresses bitten wir Sie um die Übersendung konkreter Projekte und Benennung gewünschter Ansprechpartner auf der usbekischen Seite. Für Fragen zur Reise wenden Sie sich im Ost-Ausschuss bitte an Eduard Kinsbruner, E.Kinsbruner@oe-ev.de

3. EU-Sanktionen gegen Russland (Entwicklung seit dem 25. Mai)

Sechstes EU-Sanktionspaket in der Warteschleife

Am Montag haben die EU-Mitgliedsstaaten bei der Tagung des Europäischen Rates grundsätzliche Entscheidungen hinsichtlich neuer EU-Sanktionen gegen Russland getroffen. Es wurde dann erwartet, dass das sechste Sanktionspaket im Laufe des Mittwochs von den EU-Botschaftern finalisiert wird und die Ausführungsbestimmungen bis zum Wochenende veröffentlicht werden. Nun hat aber Ungarn mit seiner Forderung, den Moskauer Patriarchen Kyrill von geplanten Sanktionen auszunehmen. Konkret würden Sanktionen gegen Kyrill bedeuten, dass der Geistliche nicht mehr in die EU einreisen darf. Zudem müssten möglicherweise von ihm in der EU vorhandene Vermögenswerte eingefroren werden. Der 75-jährige Kyrill gilt als Unterstützer des Krieges und hat eine enge Beziehung zum russischen Präsidenten Putin. Er stammt wie Putin aus dem damaligen Leningrad, soll dort auch Mitarbeiter des KGB gewesen sein. Kyrill ist offizielles Oberhaupt von 150 Millionen russisch-orthodoxen Christen. Nach Angaben von Diplomaten könnte es an diesem Donnerstag am Rande eines EU-Ministertreffens in Luxemburg weitere Gespräche und einen neuen Einigungsversuch geben.

Hier die Übersicht über geplante Sanktionsmaßnahmen:

- Sanktionen gegen Ölimporte (Rohöl/Ölzeugnisse) via Schiff aus Russland (bis Jahresende) / Ausnahmen für Ölpipelines
- Persönliche Sanktionierung hochrangiger Militäroffiziere und weiterer Personen
- Verbot des SWIFT-Zugangs für drei russische Großbanken, darunter mit der Sberbank das mit Abstand größte Bankinstitut Russlands. Außerdem betroffen sind die Moskauer Kreditbank und die Russische Agrarbank
- Verbot des Sendebetriebs für drei große staatliche russische Rundfunkanstalten
- Verbot der Erbringung von Buchführungs- und Beratungsdienstleistungen für russische Unternehmen (Ausnahmen für russische Töchter westlicher Unternehmen)
- Verbot von Versicherungen für Tankschiffe mit russischem Öl

Der Europäische Rat bekräftigte seine Absicht, den Druck auf Russland und Belarus zu verstärken, um den Krieg Russlands gegen die Ukraine zu stoppen. Gleichzeitig ruft der Rat alle Länder auf, sich den EU-Sanktionen anzuschließen und alle Versuche zu unterbinden, die Sanktionen zu umgehen oder Russland auf andere Weise zu unterstützen.

Der Europäische Rat einigte sich ferner darauf, dass das sechste Sanktionspaket gegen Russland sowohl Rohöl als auch Erdölzeugnisse betrifft, die aus Russland in die Mitgliedstaaten geliefert werden, mit einer vorübergehenden Ausnahme für Rohöl, das über Pipelines geliefert wird.

Der Rat forderte die Kommission nachdrücklich auf, das sechste Sanktionspaket unverzüglich fertig zu stellen und zu verabschieden, um einen gut funktionierenden EU-Binnenmarkt, fairen Wettbewerb, Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten und gleiche Wettbewerbsbedingungen auch im Hinblick auf die schrittweise Beendigung der Abhängigkeit von russischen fossilen Brennstoffen zu gewährleisten. Für den Fall einer

plötzlichen Versorgungsunterbrechung werden Notfallmaßnahmen eingeführt, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten. In diesem Zusammenhang wird die Kommission die Umsetzung dieser Maßnahmen zur Gewährleistung gleicher Wettbewerbsbedingungen im EU-Binnenmarkt und der Versorgungssicherheit überwachen und dem Rat regelmäßig darüber berichten.

Schließlich beschloss der Europäische Rat, die Frage der befristeten Ausnahmeregelung für Rohöl, das über Pipelines geliefert wird, so bald wie möglich erneut zu erörtern.

Am zweiten Tag des EU-Treffens wurden zudem weitere Hilfsangebote für die Ukraine beschlossen.

Alle Ratsbeschlüsse vom 30. und 31. Mai in der Übersicht:

[2022-05-30-31-euco-conclusions.pdf \(europa.eu\)](https://ec.europa.eu/euco/2022-05-30-31-euco-conclusions.pdf)

Kommentierung zum 6. EU-Sanktionspaket von EU-Ratspräsident Charles Michel (Arbeitsübersetzung):

Heute Abend (30.5.) hatten wir eine wichtige Tagung des Europäischen Rates.

Das erste Thema auf der Tagesordnung betraf die Lage in der Ukraine. Wir haben zwei wichtige Elemente angesprochen.

Erstens, und das ist sehr wichtig, die Unterstützung für die Ukraine. Wir haben unsere historische Verpflichtung zum Ausdruck gebracht und bekräftigt, was bedeutet, dass wir wichtige Schritte unternehmen, um zu klären, wie wir die finanzielle Unterstützung angehen werden - und wir wissen, dass die Ukraine finanzielle Unterstützung braucht, um das Land führen zu können. Das bedeutet, dass sie eine Makrofinanzhilfe benötigt - der Europäische Rat hat 9 Milliarden Euro bestätigt. Damit sollen auch alle Programme gestartet werden, die für den Wiederaufbau des Landes erforderlich sind.

Wir wollen mit allen Partnern, Experten und mit den ukrainischen Behörden, aber auch mit Drittländern und der internationalen Gemeinschaft zusammenarbeiten. Dies ist das erste Thema, und wir hatten wieder einmal die Gelegenheit, die Botschaft von Präsident Wolodymyr Zelenskyy auf der Tagung des Europäischen Rates aufmerksam zu verfolgen.

Heute Abend konnte sich der Europäische Rat auf ein sechstes Paket von Sanktionen einigen, die, um es konkret zu sagen, ein Verbot von russischem Öl ermöglichen, mit einer vorübergehenden Ausnahme für Öl, das über Pipelines geliefert wird. Um es ganz klar zu sagen, bedeutet dies, dass sofort 75% des russischen Öls von dieser Maßnahme betroffen sind. Und das bedeutet, dass bis zum Ende des Jahres fast 90% des russischen Öls, das in die EU importiert wird, von dieser Maßnahme betroffen sein wird. Ich möchte allen Kollegen danken, die an diesem Treffen teilgenommen haben, denn wir brauchen in diesen außerordentlich schwierigen Zeiten politische Führung.

Wir unterschätzen nicht alle Schwierigkeiten. Wir wissen, dass wir einige Wochen gebraucht haben, bevor wir eine solche Entscheidung treffen konnten. Aber wir haben heute ein sehr starkes Signal gesendet, denn in den letzten Stunden und Tagen wurde über die Gefahr einer fehlenden Einheit, einer fehlenden Einheit der Europäischen Union spekuliert. Und ich denke, dass es mehr denn je wichtig ist, zu zeigen, dass wir in der Lage sind, stark zu sein, entschlossen und hart zu sein, um unsere Werte und Interessen zu verteidigen.

Auf jeden Fall möchte ich noch einmal allen Kollegen danken, die es geschafft haben, gemeinsam diese starke Entscheidung zu treffen und eine gemeinsame Botschaft an die Ukraine, an Russland und auch an die Bürger der Europäischen Union und den Rest der Welt zu senden. Ich danke Ihnen.

[Remarks by President Charles Michel after the first day of the special meeting of the European Council - Consilium \(europa.eu\)](#)

Kommentierung des BDI zum EU-Ölembargo:

Zum Beschluss der EU über ein Ölembargo gegen Russland sagt BDI-Präsident Siegfried Russwurm: „Die deutsche Industrie unterstützt die Entscheidung“

- „Die deutsche Industrie unterstützt die Entscheidung der Bundesregierung und der EU für ein Embargo auf russisches Öl. Angesichts des völkerrechtswidrigen Angriffs Russlands auf die Ukraine braucht es unmissverständliche, zielgenaue und langfristig durchhaltbare Sanktionen, die den Aggressor stärker bestrafen als uns Europäer.
- Mit ihrer Einigung sendet die EU ein deutliches Signal der Geschlossenheit an den russischen Aggressor. Zentral ist jetzt, in der Ausgestaltung des Ölembargos innerhalb der EU Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden.
- Das beschlossene Ölembargo wird Russland hart treffen. Für den russischen Staat ist der Verkauf von Öl die wichtigste Einnahmequelle. Ein europäisches Ölembargo ist ein außerordentlich drastischer Schritt, auch wenn sich die deutschen Unternehmen seit Wochen auf diese Sanktionsmaßnahme vorbereiten.“

EU: Bislang rund Zehn Milliarden Euro von Oligarchen „eingefroren“

In Beantwortung einer Anfrage des Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments Othmar Karas hat die EU-Kommission Folgendes mitgeteilt:

Bis zum 8. April 2022 wurden 6,7 Milliarden Euro an Vermögenswerten eingefroren und 22,8 Milliarden Euro anderweitig durch die Durchsetzung von EU-Sanktionen gegen russische und belarussische „Oligarchen“ durch die Mitgliedstaaten blockiert; und bis zum 29. April waren die eingefrorenen Vermögenswerte auf 9,7 Mrd. EUR gestiegen.

Weitere Meldungen mit EU-Bezug:

Großbritannien und EU verbieten Versicherungen für Schiffe mit Öl aus Russland

Das Vereinigte Königreich und die EU haben ein koordiniertes Versicherungsverbot für Schiffe mit russischem Öl vereinbart, berichtet die Financial Times unter Berufung auf Quellen. „Nach Angaben britischer und europäischer Beamter haben sich Großbritannien und die EU auf ein koordiniertes Verbot der Versicherung von Schiffen, die russisches Öl transportieren, geeinigt“, heißt es in dem Bericht.

Der Schritt würde Moskaus größten Versicherungsmarkt, Lloyd's of London, schließen und die Möglichkeiten für den Export von Rohöl stark einschränken“, so die Quellen. Die Gesprächspartner der Zeitung wiesen darauf hin, dass Griechenland und Zypern dem Vorschlag für ein solches Verbot zugestimmt haben, nachdem das Vereinigte Königreich zugesagt hatte, diesem Beispiel zu folgen. „Das Vereinigte Königreich wird in Kürze ein Verbot ankündigen“, so Quellen, die mit den Plänen vertraut sind. Darüber hinaus haben laut der Zeitung hochrangige Vertreter von Lloyd's die britischen und europäischen Beamten auf die Schwierigkeiten bei der Feststellung der Herkunft von Ölladungen auf Schiffen aufmerksam gemacht.

[RBC](#)

Bulgarien erhält Aufschub des russischen Erdölembargos bis 2025

Bulgarien hat sich einen Aufschub des EU-Embargos für Offshore-Lieferungen von russischem Öl gesichert und wird es bis Ende 2024 weiter nutzen, sagte Premierminister Kirill Petkov bei einem Briefing vor dem zweiten Tag des EU-Gipfels in Brüssel, wie der Fernsehsender BNT 1 berichtete.

Laut Petkov wird diese Ausnahme in der endgültigen Schlussfolgerung des Europarats, die in zwei oder drei Tagen veröffentlicht wird, festgelegt.

„Diese Ausnahmeregelung war für uns von entscheidender Bedeutung, und es ist gut, dass der Aufschub nicht nur für einen oder sechs Monate gilt, sondern bis 2024, so dass wir unsere Raffinerie in Betrieb nehmen können, ohne dass der Preis beeinträchtigt wird. Dies wird es der Raffinerie ermöglichen, weiter zu arbeiten und sich gleichzeitig auf die Arbeit mit anderem Öl einzustellen“, sagte Petkov.

[RBC:](#)

Bloomberg: EU-Ausnahmen für Verbot des Immobilienerwerbs durch Russen

Die EU hat in der jüngsten Fassung des neuen Sanktionspakets gegen Russland ein Verbot des Erwerbs von Immobilien durch Russen ausgeschlossen, berichtet Bloomberg. Zypern hat gegen die Maßnahme Einspruch erhoben, wie die Agentur mitteilt.

Bloomberg berichtete Anfang Mai, dass die Europäische Union ein Verbot von Immobilientransaktionen durch russische Bürger und russische Unternehmen in das sechste Sanktionspaket aufgenommen hat, das Brüssel derzeit auszuhandeln versucht. Sie bezieht sich auf den Verkauf oder die Übertragung - direkt oder indirekt - von Eigentumsrechten an Immobilien in der EU. Das Verbot gilt für Russen, die keine EU-Bürger sind und keine EU-Aufenthaltserlaubnis haben.

Dpa:
EU will Ukraine mit weiterer Milliardenhilfe stützen

Die Europäische Union will der Ukraine weitere Finanzhilfen von bis zu neun Milliarden Euro zur Verfügung stellen. Das teilte EU-Ratspräsident Charles Michel in der Nacht zum Dienstag während eines Treffens der Staats- und Regierungschefs der EU-Staaten in Brüssel mit. Mit dem Geld soll die Ukraine laufende Kosten etwa für Rentenzahlungen und den Betrieb von Krankenhäusern decken können. Unklar ist, wie viel Geld als Zuschuss und wie viel als Kredit ausgezahlt werden soll.

Die EU-Kommission hatte jüngst angekündigt, eine entsprechende Maßnahme vorzuschlagen. Damals sagte EU-Wirtschaftskommissar Valdis Dombrovskis, dass die Hilfe vor allem aus Krediten und teilweise auch aus Zuschüssen bestehen solle. Ukrainischen Angaben zufolge erhält das Land vom Internationalen Währungsfonds (IWF) und von der Weltbank monatlich umgerechnet knapp 4,7 Milliarden Euro. Das seien die Kosten, welche der ukrainische Haushalt für Sozialausgaben infolge des Krieges benötige.

Der IWF geht davon aus, dass die Ukraine Hilfen von rund fünf Milliarden Dollar pro Monat braucht, um das Funktionieren der Regierung und wichtiger staatlicher Institutionen zu gewährleisten. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj beziffert die Summe, um die wirtschaftlichen Verluste der Ukraine auszugleichen, auf rund 6,5 Milliarden Euro monatlich. Hinzu kämen Hunderte Milliarden für den Wiederaufbau.

Die internationale Gemeinschaft hat die Ukraine bereits mehrfach mit Geld unterstützt. EU-Angaben von Mitte Mai zufolge hat die Europäische Union seit Beginn des russischen Kriegs bereits 4,1 Milliarden Euro zur Unterstützung mobilisiert. Dazu zählen 1,5 Milliarden Euro für die Finanzierung von Waffen und militärischer Ausrüstung. Auf weitere 500 Millionen für diesen Zweck hatten sich die EU-Staaten vergangene Woche geeinigt. US-Präsident Joe Biden hatte am Samstag vor einer Woche ein Milliarden-Hilfspaket der USA für die Ukraine in Kraft gesetzt. Bevor Biden das Gesetz unterschrieb, hatte der US-Kongress das Paket mit einem Volumen von fast 40 Milliarden Dollar (38 Milliarden Euro) mit großer Mehrheit beschlossen. Auch von anderen Ländern hat die Ukraine bereits Unterstützung zugesichert bekommen.

Liste der EU-Personensanktionen

[EU-Sanktionen: Kommission veröffentlicht Liste mit Einreiseverboten \(europa.eu\)](#)

Sanktionskarte der EU:

[EU Sanctions Map](#)

FAQ der Europäischen Kommission zu Sanktionen

Die Europäische Kommission hat ihre FAQs zu den Russland-Sanktionen in Bezug auf Zentralverwahrer, Umgehung und Sorgfaltspflicht, Einfrieren von Vermögenswerten, Einlagen, öffentliches Auftragswesen, Zugang zu EU-Häfen und Verkauf von Wertpapieren aktualisiert.

Neue FAQ:

- [deposits](#) (23.5.)
- [public procurement](#) (23.5.)
- [access to EU ports](#) (23.5.)
- [sale of securities](#) (23.5.)
- [circumvention and due diligence](#) (19.5.)
- [assets freeze](#) (19.5.)
- [central securities depositories](#) (17.5.)

Weitere FAQ im Detail:

- [trading](#) (13. Mai)
- [state-owned enterprises](#) (11.Mai)
- [customs](#) (5. Mai)
- [trading](#) (4.Mai)
- [assets freeze and prohibition to make funds and economic resources available](#) (4. Mai)
- [insurance and reinsurance](#) (3. Mai)
- [sale of securities in an official Member State currency](#) (3. Mai)
- [deposits](#) (3. Mai)
- [luxury goods](#) (2. Mai)
- [humanitarian aid](#) (2. Mai)
- [credit rating](#) (28. April)
- [access to EU ports](#) (27. April)
- [central securities depositories](#) (26. April)
- [export restrictions on maritime navigation goods and technology](#) (26. April)
- [intellectual property rights](#) (26. April)
- [customs related matters](#) (25. April)
- [Russian energy sector](#) (22. April)

Alle Leitlinien in der Übersicht:

[Sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine | European Commission \(europa.eu\)](#)

Die EU hat eine Übersicht zu 50 häufig gestellte Fragen zu EU- Ausfuhrbeschränkungen gemäß den Artikeln 2, 2a und 2b der Verordnung des Rates Nr. 833/2014 gegen Russland vorgelegt, die Sie hier finden:

[FAQ on export-related restrictions to Russia for dual-use items and "advanced technology" items \(Articles 2, 2a and 2b of Regulation No 833/2014\) \(europa.eu\)](#)

4. Russland-Gegensanktionen

GTAI:

Neue Lockerungen der Devisenkontrollen für Exporteure

Von Edda Wolf

Das Direktorium der Zentralbank von Russland hat am 26. Mai 2022 beschlossen, die Anforderungen für den obligatorischen Verkauf von Fremdwährungen (Zwangsumtausch von Devisen) durch Exporteure weiter zu lockern, um die Möglichkeiten der Exporteure zum Management ihrer Fremdwährungsliquidität zu erweitern.

Frist auf 120 Geschäftstage verlängert

Die Frist für den Zwangsverkauf von Devisen durch Exporteure wurde auf 120 Geschäftstage ab dem Datum der Gutschrift der Devisen auf den Bankkonten verlängert. Diese Entscheidung gilt für erhaltene Fremdwährungen, für die kein Zwangsverkauf erfolgt ist, unabhängig vom Zeitpunkt der Gutschrift auf dem Konto des Gebietsansässigen bei der zugelassenen Bank. Zuvor war der Zeitraum für den Verkauf von Devisen von 3 auf 60 Geschäftstage verlängert worden.

Gemäß dem Erlass des Präsidenten der Russischen Föderation Nr. 303 vom 23. Mai 2022 wurde der Umfang des obligatorischen Verkaufs von Fremdwährungen von 80 auf 50 Prozent der Summe der Fremdwährungseinnahmen von Exporteuren gesenkt.

Ausnahme für Devisen, die zur Bezahlung von Importen benötigt werden

Darüber hinaus dürfen gebietsansässige Exporteure - gemäß dem Beschluss der Unterkommission der Regierungskommission für die Kontrolle ausländischer Investitionen in der Russischen Föderation - seit 13. Mai 2022 auf den zwangsweisen Verkauf von angesammelten Devisen innerhalb von 120 Arbeitstagen nach ihrer Gutschrift auf einem Bankkonto verzichten, sofern sie diese zur Erfüllung von Zahlungsverpflichtungen aus Importverträgen verwenden. Dazu müssen gleichzeitig die folgenden Bedingungen erfüllt sein:

- ein Gebietsansässiger ist gleichzeitig Vertragspartei von Ausfuhr- und Einfuhrverträgen, die mit demselben Gebietsfremden oder mit verschiedenen Gebietsfremden geschlossen werden, einschließlich der Fälle, in denen ein zwischen einem Gebietsansässigen und einem Gebietsfremden geschlossener Vertrag sowohl Ausfuhr- als auch Einfuhrbedingungen enthält;
- der Ausfuhrvertrag einer gebietsansässigen Person, aufgrund dessen sie Devisen erhält, und der Einfuhrvertrag einer gebietsansässigen Person, aufgrund dessen sie die im Rahmen des genannten Ausfuhrvertrags erhaltenen Devisen für die Erfüllung ihrer Verpflichtungen verwenden will, sind bei derselben zugelassenen Bank registriert und (oder) die Abrechnungen im Rahmen der Ausfuhr- und Einfuhrverträge der gebietsansässigen Person erfolgen über Konten bei derselben zugelassenen Bank;

Die Abschreibung von Devisen zugunsten eines Gebietsfremden im Falle eines Einfuhrvertrags erfolgt vom Transit-Devisenkonto des Gebietsansässigen, dem die Devisen zuvor im Rahmen des Ausfuhrvertrags in Höhe der anstehenden Zahlungen zur Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Einfuhrvertrag gutgeschrieben wurden.

[Neue Lockerungen der Devisenkontrollen für Exporteure | Wirtschaftsumfeld | Russland | Gegensanktionen \(gtai.de\)](#)

[Банк России увеличил срок продажи валютной выручки экспортерами до 120 рабочих дней | Банк России \(cbr.ru\)](#)

Erlass: Urheberrechte können in Rubel abgegolten werden

Russische Nutzer von geistigem Eigentum können ab sofort bestimmte ausländische Rechtsinhaber in Rubel statt in der vertraglich vereinbarten Währung bezahlen. Am 27. Mai 2022 unterzeichnete der russische Präsident Wladimir Putin den Erlass Nr. 322 „Über das vorübergehende Verfahren zur Erfüllung von Verpflichtungen gegenüber bestimmten Rechteinhabern“. Dieser schreibt vor, dass die Zahlungen für bestimmte Rechtsinhaber auf spezielle Rubelkonten vom Typ O zu leisten sind, die bei von der russischen Regierung festgelegten russischen Banken eröffnet werden.

Weitere Informationen dazu von der GTAI:

[Russland erlaubt Rubelzahlungen für Rechte an geistigem Eigentum | Wirtschaftsumfeld | Russland | Gegensanktionen \(gtai.de\)](#)

Erlass im Original:

[Указ Президента Российской Федерации от 27.05.2022 № 322 · Официальное опубликование правовых актов · Официальный интернет-портал правовой информации \(pravo.gov.ru\)](#)

Russland friert ausländisches Kapital dauerhaft ein

Bürger aus den so genannten „unfreundlichen Staaten“ sollen ihr Kapital erst dann aus Russland abziehen dürfen, wenn der Westen die russischen Währungsreserven freigibt. Das sagte der russische Finanzminister Anton Siluanow in einer Vorlesung an der Finanzuniversität der russischen Regierung. „Ich denke, dass diese Maßnahme so lange bestehen bleibt, bis die Sanktionen aufgehoben werden“, sagte demnach der Minister.

[Минфин связал снятие запрета на вывод инвестиций с разморозкой активов ЦБ — РБК \(rbc.ru\)](#)

Weitere Meldungen aus Russland:

Auswirkungen der Sanktionen spürbar

Zwei Drittel der russischen Unternehmer berichten in einer Umfrage des Moskauer Stolypin-Wirtschaftsinstituts von einem Rückgang ihres Geschäfts. 87 Prozent spüren die westlichen Sanktionen, wobei 77 Prozent sich bereits an sie angepasst haben und 12 Prozent dies nicht schafften – sie müssen ihr Geschäft ganz oder teilweise einstellen. 56 Prozent der Unternehmer gaben zudem an, dass die wirtschaftlichen Probleme in Russland so gravierend seien, dass sie ein „ganz neues Wirtschaftsmodell“ statt „kosmetischer Veränderungen“ erforderten. 4 Prozent sehen gar kein Licht am Horizont, berichtet RBK.

Seit Verhängung der westlichen Sanktionen gegen Russland Ende Februar 2022 sind die Exporte von US-Waren nach Russland um mehr als 90 Prozent zurückgegangen. Diese Zahl schließt auch Ausfuhren im High-Tech-Sektor ein, wie US-Handelsministerin Gina Raimondo mitteilte. Ihre Aussage nach, würden die verhängten scharfen Ausfuhrkontrollen „funktionieren und Ergebnisse bringen“, weil sie die Instandhaltung russischer Militärausrüstung „ernsthaft erschweren“. Die gesamten US-Warenexporte nach Russland sind kurz nach Beginn der Militäroperation in der Ukraine um das Fünffache gesunken – von knapp 498 Millionen US-Dollar im Februar auf rund 101 Millionen US-Dollar im März.

Einige Mitglieder des Ölkartells OPEC erwägen, Russland aus der Ölfördervereinbarung auszuschließen. Hintergrund der Überlegungen ist, dass die westlichen Sanktionen die Fähigkeit des Landes beeinträchtigen, mehr Rohöl zu produzieren, berichtet das Wall Street Journal. Russland ist dazu verpflichtet, monatlich 10,4 Millionen Barrel Rohöl zu fördern. Im April waren es jedoch nur etwas mehr als neun Millionen – Tendenz sinkend. Bei einem Ausschluss Russlands könnten Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate und andere OPEC-Mitgliedsländer mehr fördern, um die Produktionsziele zu erreichen.

[Больше половины бизнеса выступило за «новую экономическую модель» — РБК \(rbc.ru\)](#)

[WSJ: ряд членов ОПЕК обсуждают идею приостановки участия России в сделке по добыче нефти - Новости – Бизнес – Коммерсантъ \(kommersant.ru\)](#)

RBC:

Experten schätzen Abwanderung von IT-Spezialisten bis Ende des ersten Halbjahres

Etwa 40.000 IT-Spezialisten werden Russland in der ersten Hälfte dieses Jahres verlassen, so eine Untersuchung von Russoft, einer Vereinigung von Softwareentwicklungsunternehmen (der Organisation gehören 272 Unternehmen mit mehr als 85.000 Beschäftigten an). Der Verband führt jährlich eine Umfrage durch, und in diesem Frühjahr wurde der Fragebogen um Fragen zu den Erwartungen hinsichtlich der Abwanderung von Mitarbeitern ins Ausland im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine ergänzt. Es wurden nur diejenigen

berücksichtigt, die nach ihrer Abreise nicht nach Russland zurückkehrten (d. h. diejenigen, die zum Beispiel ein Geschäft in einem anderen Land eröffneten und dann zurückkehrten, wurden in der Prognose nicht berücksichtigt).

Wie in der Umfrage festgestellt wurde, handelt es sich bei den meisten IT-Fachleuten, die das Land verlassen haben, um Mitarbeiter von Entwicklungszentren ausländischer Unternehmen, deren Muttergesellschaften beschlossen haben, ihre Niederlassungen in Russland zu schließen: Diese Kategorie wandert im Durchschnitt 30 % des gesamten Personals ab, das zum Gehen aufgefordert wurde. Die zweitgrößte Kategorie sind russische Unternehmen, die auf entwickelten ausländischen Märkten tätig waren, Kunden verloren und ihre Vertriebsbüros in andere Länder verlegt haben. Die dritte Kategorie sind die Freiberufler.

AEB: Sanktionsübersicht

Eine Übersicht zur Sanktionsentwicklung in Russland und FAQ finden Sie auf dieser der Internetseite der AEB:

[News \(aeb.rus.ru\)](https://www.aeb.rus.ru/news)

AHK Belarus Krisenhotline

+375 44 775 00 74 (Telegram, Viber, WhatsApp)

Von Montag bis Sonntag von 07.00 bis 21.00 Uhr MEZ (08.00 – 22.00 Uhr Minsker Zeit) erreichbar

5. Sanktionen der USA

Sanktionen gegen GAZ-Konzern nach vier Jahren jetzt in Kraft

Am 25. Mai sind US-Sanktionen gegen den russischen Automobilhersteller GAZ endgültig in Kraft getreten. Oleg Deripaska, Besitzer von GAZ, steht seit 2018 auf der US-Sanktionsliste, allerdings hatte das Office of Foreign Assets Control (OFAC) die Restriktionen gegen GAZ per General License in den vergangenen vier Jahren regelmäßig freigestellt. Alle Finanztransaktionen mit der GAZ-Gruppe und deren Tochtergesellschaften müssen beendet werden, es sei denn US-Bürger erhalten Sondergenehmigungen.

[ukraine_gl15l.pdf \(treasury.gov\)](#)

Ausnahmen für US-Finanzsanktionen verlängert

Das OFAC hat die Generallizenz (GL) 13A ausgestellt, mit der bestimmte Transaktionen genehmigt werden, die gemäß Richtlinie 4 der Executive Order (E.O.) 14024 verboten sind. Die Richtlinie wurde am 28. Februar 2022 erlassen und verbietet alle Transaktionen, an denen die russische Zentralbank, der russische Nationale Wohlfonds und das russische Finanzministerium beteiligt sind. Siehe früheren Beitrag. Hinweis.

Die neue GL verlängert bis zum 30. September 2022 die Genehmigung für US-Personen oder -Einrichtungen oder Einrichtungen, die sich in deren Besitz befinden oder von ihnen kontrolliert werden, Steuern, Gebühren oder Einfuhrzölle zu zahlen und Genehmigungen, Lizenzen, Registrierungen oder Bescheinigungen zu erwerben oder zu erhalten, sofern es sich um Geschäfte handelt, die für das Tagesgeschäft dieser US-Personen oder -Einrichtungen in Russland gewöhnlich erforderlich sind.

[Issuance of Russia-related General License 13A | U.S. Department of the Treasury](#)

6. Sanktionen weiterer Länder

Großbritannien

Am Freitag (27. Mai 2022) änderte das Vereinigte Königreich die Einträge für 278 Personen und 21 Einrichtungen auf seiner Russland-Sanktionsliste:

Die Dringlichkeitslisten für 96 Personen und 19 Einrichtungen wurden erneuert; und die Listen von 170 Personen, der Wagner-Gruppe und der Credit Bank of Moscow wurden von der Dringlichkeitsliste in die Liste des Standardverfahrens überführt.

Die Dringlichkeitslisten von 6 Einrichtungen auf der Belarus-Sanktionsliste (Bekanntmachung) und von 8 Personen und United World International auf der Cyber-Sanktionsliste (Bekanntmachung) wurden verlängert.

[Notice Russia 270522.pdf \(publishing.service.gov.uk\)](#)

Kanada

[Global News](#)

Kanada sanktioniert 22 weitere Russen und 4 Finanzunternehmen

Kanada hat am Dienstag angekündigt, dass es zusätzliche Sanktionen gegen 22 russische Einzelpersonen und vier wichtige Finanzinstitute und Banken verhängen wird, um den Druck auf Russland als Reaktion auf den Angriff des Landes auf die Ukraine zu erhöhen.

Die im Rahmen der Verordnungen über wirtschaftliche Sondermaßnahmen (Russland) sanktionierten Personen gelten als enge Verbündete des russischen Regimes, darunter hochrangige Beamte russischer Finanzinstitute und deren Familienangehörige, heißt es in einer Mitteilung von Global Affairs Canada.

Unter den 22 Personen befindet sich Alina Kabajewa, die angeblich die Freundin des russischen Präsidenten Wladimir Putin ist, auf der neuen Liste.

Kabajewa, eine ehemalige olympische Turnerin, wurde Anfang des Monats von Großbritannien mit Sanktionen belegt, und ihr Name soll auch in einem Entwurf einer Liste von Personen aufgetaucht sein, die von der Europäischen Union mit Sanktionen belegt werden könnten, berichtete die Canadian Press.

Die Verordnungen über wirtschaftliche Sondermaßnahmen (Russland) sollen es „Personen in Kanada und Kanadiern außerhalb Kanadas verbieten, sich an Aktivitäten zu beteiligen, die mit dem Eigentum der sanktionierten Personen in Verbindung stehen, oder ihnen finanzielle oder damit verbundene Dienstleistungen zu erbringen“, heißt es auf der Webseite der Regierung.

7. Auswirkungen der Krise auf die Wirtschaft (Presseauswertung)

dpa:

10 000 Sanktionen - und Putins Russland führt trotzdem weiter Krieg

Hämisch berichten Russlands Staatsmedien über die steigenden Kraftstoffpreise in Deutschland und über explodierende Verbraucherpreise in der EU. Sie freuen sich darüber, dass im Westen alles teurer wird. Es ist der Sound der Kreml-Propaganda, dass die EU und die USA zwar wegen Moskaus Aggression gegen die Ukraine fünf Sanktionspakete erlassen haben, um Russland in die Knie zu zwingen. Aber am Ende schade der Westen selbst seiner Wirtschaft und den Bürgern massiv. Vor allem aber werde das Ziel, Russland in der Ukraine zu stoppen, weit verfehlt, heißt es zufrieden in Moskau.

An die 10 000 Sanktionen gebe es inzwischen. Russland sei das Land mit den meisten Sanktionen überhaupt in der Welt, heißt es in einem fast triumphalen Ton. Dass etwa in der Hauptstadt Moskau massenhaft Geschäfte und internationale Handelsketten schließen, große Konzerne wie Siemens Zarenzeit und Sowjetdiktatur mitgemacht haben und nun aber nach 170 Jahren Abschied nehmen, quittieren Politik und viele einfache Russen mit demonstrativer Gelassenheit.

Mütter freuen sich über die Schließung der US-Schnellrestaurant-Kette McDonald's , weil sie erwarten, dass ihre Kinder sich nun gesünder ernähren. Eine junge Familie in einem neuen Restaurant am Ukrainski Boulevard in Moskau unterhält sich lachend darüber, dass ihr Glück vor allem darin liege, auf der Datscha Gurken, Tomaten, Kartoffeln anzubauen und Pilze einzulegen. Die Tradition, sich mit Konserven selbst zu versorgen, ist nie ausgestorben. "Was brauchen wir mehr zum Leben? Zum Teufel mit den Sanktionen", sagt Vater Denis. Das Benzin für die Fahrt zur Datscha sei so günstig wie lange nicht.

Wer aber gern shoppen geht, der hat es schwerer. In den Einkaufszentren Moskaus bietet sich teils ein tristes Bild ob der vielen geschlossenen Läden. Kremlchef Wladimir Putin versuchte erst am Donnerstag wieder, die mögliche Trauer um verlorene Konsumfreuden wegzuwischen. „Manchmal schaust du auf die, die gehen - und denkst vielleicht: Gott sei Dank. Jetzt können wir ihre Nische besetzen“, sagte er bei der Plenarsitzung des Eurasischen Wirtschaftsforums vor Staats- und Regierungschefs mehrerer Ex-Sowjetrepubliken. Für Russland sei das Ansporn, schon jetzt sei die Eigenproduktion gestiegen.

Gerade erst parierte der Moskauer Bürgermeister Sergej Sobjanin angesichts des Abschieds von Renault aus der Hauptstadt und kündigte an, in dem Automobilwerk werde die nach der Metropole zu Sowjetzeiten benannte Kultmarke Moskwitsch wiederbelebt. Viele Firmen sind gezwungen, Milliardeninvestitionen abzuschreiben, weil die Geschäfte in Russland kaum noch möglich sind. Vor allem auch die Sanktionen im Bankensektor erschweren die Finanztransaktionen. Die Logistik liegt brach, Lieferketten sind zerstört.

Russlands Machtapparat aber spielt die Folgen der Strafmaßnahmen herunter. "Diejenigen, die Waren der Luxusklasse erwerben wollen, können die weiter bekommen, aber es wird etwas teurer", sagte Putin beim Wirtschaftsforum. Der Flugverkehr ins westliche Ausland ist

zwar eingestellt. Aber wer ein iPhone oder einen Mercedes kaufen will, reist eben in Russlands Nachbarland Kasachstan.

Die Ex-Sowjetrepublik in Zentralasien mausert sich zum neuen Hotspot und ist ein Schwergewicht in der von Putin vorangetriebenen Eurasischen Wirtschaftsunion. Firmen verlegen ihre Geschäfte dorthin. Zwar versichert Kasachstan, die Sanktionen der EU und der USA nicht unterlaufen zu wollen. Aber der Westen sieht eine mögliche Umgehung der Strafmaßnahmen mit Sorge. Die Moskauer Boulevardzeitung „Moskowski Komsomolez“ etwa berichtet über blühende Geschäfte in Kasachstan auf dem Automarkt, gibt Tipps, wie Käufer in Zeiten des Mangels jetzt an einen Mercedes oder an einen Porsche kommen.

Kritische Stimmen wie die des früheren Finanzministers Alexej Kudrin, der heute den Rechnungshof leitet, sind rar. Die Regierung habe keinen Plan, ein Schrumpfen der Wirtschaft um acht bis zehn Prozent in diesem Jahr zu verhindern. „Ich sehe heute gar keine Maßnahmen dagegen“, klagte er im Parlament. Der Umbau der russischen Wirtschaft werde zwei Jahre dauern, bis es Wachstum gebe. Putin lächelt solche Bedenken weg. Er sieht den „Wirtschaftskrieg“ des Westens auch als Chance, am Ende als Sieger dazustehen. Die Sanktionen sollten Russland stärken, nicht schwächen. Der Westen verursache mit seiner Politik "wirtschaftlichen Beben" und "Chaos" weltweit, meinte der Präsident.

Mit Blick auf die Gefahr für die Ernährungssicherheit in der Welt verlangt Putin aber etwa auch, die Sanktionen aufzuheben, damit Russland Dünger und Getreide exportieren könne. Im Gegenzug soll auch die Ukraine, ebenfalls ein wichtiger Exporteur, ihren Weizen auf den Weltmarkt verkaufen dürfen. Bisher blockiert die russische Kriegsmarine die Häfen des Landes, weshalb das Getreide nicht zu den Hungernden kommt. Die Ukraine wirft Putin Erpressung vor.

Es sei nicht möglich, Länder mit Verboten und Sanktionen zu bremsen oder zu schwächen, nur weil sie eine eigenständige Politik verfolgten, betonte Putin. „Kein Welt-Gendarm kann diesen natürlichen Prozess aufhalten, keine Kraft reicht dafür aus“, sagte er mit Blick auf die USA, denen er seit langem vorwirft, sie wollten die Rohstoffgroßmacht und Europa destabilisieren. "Da sie ja Probleme in ihren eigenen Ländern haben, hoffe ich, dass sie begreifen, dass diese Politik absolut perspektivlos ist.“

[Kommersant](#)

Wella verlässt Russland

Nach 28 Jahren in Russland stellt Wella, der deutsche Hersteller professioneller Kosmetik, seine Lieferungen in das Land ein. Die Schönheitssalons verwendeten die Produkte aktiv: Wella-Haarfärbeprodukte machten bis zu 40 Prozent des Marktes aus. Nun könnte die Schönheitsindustrie Probleme bekommen, wenn sie auf Marken anderer Hersteller umsteigt. Darüber hinaus schließen die Salons nicht aus, dass andere ausländische Unternehmen ihre Lieferungen einstellen könnten. Das Ministerium für Industrie und Handel erklärte, dass Wella-Produkte einem Parallelimportmechanismus unterliegen.

8. Informationen zur ukrainischen Wirtschaft - Beteiligungsmöglichkeiten

Kooperationen mit der ukrainischen Wirtschaft

Unter dem folgenden Link finden Sie Kontakte zu über 100 ukrainischen Unternehmen, die trotz der Kriegslage für Kooperationen mit europäischen Unternehmen bereitstehen:

[Business for Ukrainian Services Companies | Directory of UA Companies \(bizforukraine.com\)](https://bizforukraine.com)

Der ukrainische Energiekonzern **DTEK bietet einen Newsletter** an, der auch unter Kriegsbedingungen fortlaufend über die Lage auf dem ukrainischen Energiemarkt berichtet. Einen Link zur aktuellen Ausgabe finden Sie untenstehend. Bei Interesse an dem englischsprachigen Dienst wenden Sie sich gerne an:

Iryna Zdorevska, International Public Affairs, Tel: +38 044 581 93 63, Mobil: +38 050 388 77 05, E-Mail: ZdorevskaIV@dtek.com, Web: www.dtek.com

9. Hilfsaktionen

Gesucht: Tankwagen für Kraftstofftransport in die Ukraine

Den Ost-Ausschuss hat eine Anfrage der ukrainischen Unternehmensgruppe Vitrago Holding (Vitagro.com.ua) erreicht. Gesucht wird nach Lösungen für den Transport von Kraftstoffen aus Europa. Eine der Hauptlösungen ist der Kauf von NEUEN oder GEBRAUCHTEN Kraftstofftanks für den Straßentransport.

Vitrago ist bereit, den Kauf von bis zu 5 Einheiten in Betracht zu ziehen.

Die Hauptanforderungen sind wie folgt:

- Vollständige ADR- und andere Zertifizierungen;
- Befüllung von unten mit API-Anschlüssen;
- Volumen ab 28 m3 pro Tank.

Falls Sie hier Kontakte vermitteln können, wenden Sie sich bitte im Ost-Ausschuss an Stefan Kägebein, S.Kaegebein@oa-ev.de

EU-Kommission richtet Telefon-Hotline für Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine ein

Die Europäische Kommission hat eine spezielle Telefon-Beratung in ukrainischer und russischer Sprache eingerichtet, um denjenigen zu helfen, die vor der russischen Invasion in der Ukraine fliehen. Seit Ende März beantwortet die Kommission über das Europe Direct-Kontaktzentrum schriftliche Fragen in ukrainischer und russischer Sprache – nun ist dieser Dienst auch telefonisch erreichbar.

Die Helpline soll Menschen, die aus der Ukraine fliehen, helfen, indem sie ihre Fragen beantwortet und praktische Informationen bereitstellt, von den Bedingungen für die Einreise in die EU und das Reisen innerhalb der EU bis hin zum Zugang zu Rechten und Möglichkeiten wie Bildung, Arbeit oder Gesundheitsversorgung.

Die Helpline ist innerhalb der EU in ukrainischer und russischer Sprache unter der gebührenfreien Rufnummer 00 800 6 7 8 9 10 11 und außerhalb der EU unter der Nummer +32 22 99 96 96 zum internationalen Standardtarif zu erreichen. Die Helpline bietet auch einen kostenlosen Rückrufservice.

Weitere Informationen:

[Daily News 16 / 05 / 2022 \(europa.eu\)](https://europa.eu)

Schulmaterial für ukrainische Flüchtlinge in Polen - Hilfsaufruf

Wir möchten Sie auf ein Non Profit Projekt von Klett Polska aufmerksam machen, dass Integrationsschulhefte und Poster für geflüchtete Grundschüler aus der Ukraine produzieren und spenden möchte. Wir würden uns freuen, wenn sich Unternehmen oder NGOs an den Produktionskosten beteiligen würden. Anbei finden Sie die Informationsmaterialien auf Polnisch sowie Informationen zu den Produktionskosten.

Bei Rückfragen wenden Sie sich gern direkt an: Michał Kulesza, Managing Director Klett Polska (m.kulesza@klett.pl). Wir stehen Ihnen für Rückfragen selbstverständlich ebenfalls zur Verfügung: a.stadnicki@oa-ev.de.

Umtausch Griwna / Euro

Für viele Geflüchtete aus der Ukraine ist der Umtausch von mitgebrachtem Bargeld in Euro schwierig oder nicht möglich. Das Thema ist aktuell Gegenstand in den Haushaltsberatungen im Bundestag. Gleichzeitig wird an einer europäischen Lösung gearbeitet, da die Problematik alle Länder betrifft, in Ukrainer Geld wechseln möchten. Als eine der ersten Banken bietet die **Volksbank Niederrhein die Möglichkeit an, Griwna-Bargeld kostenfrei in Euro umzutauschen**. Die Regelung gilt ab dem 18. Mai 2022, teilt der Chef der Volksbank Niederrhein, Guido Lohmann mit. Der Wechselkurs wird jeweils am Freitag für die nachfolgende Woche von der Deutschen Bundesbank bekannt gegeben. Mehr Details zur Meldung finden Sie hier: [Ukrainer können bei der Volksbank Griwna in Euro tauschen - gratis \(rp-online.de\)](#)

Unterstützung für die Ukraine – Übersicht über das Engagement des Ost-Ausschusses: #WirtschaftHilft

Der Ost-Ausschuss unterstützt dazu die Initiative #WirtschaftHilft, die von den Spitzenverbänden BDA, BDI, DIHK und ZDH ins Leben gerufen wurde. Dabei dient die Internetseite www.WirtschaftHilft.info als Informationsplattform für Unternehmen und Verbände sowie Hilfesuchende. Die Webseite bietet umfangreiche Informationen zu bedarfsgerechtem Spenden, Unterstützung für deutsche Unternehmen sowie die vorübergehende Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten. Im Rahmen der Initiative #WirtschaftHilft veröffentlicht die GHA – German Health Alliance Hilfsgesuche und -angebote für die Ukraine im medizinischen Bereich: [Humanitäre Hilfe für die Ukraine - GHA - German Health Alliance](#).

Weitere Hilfsangebote des Ost-Ausschusses

Gemeinsam mit seinen Mitgliedsunternehmen hat der Ost-Ausschuss darüber hinaus weitere Hilfsangebote ins Leben gerufen. Dazu wurde eine Task Force eingerichtet, um Fragen, Anliegen und Probleme rund um die Krisenlage in der Ukraine schnell zu bearbeiten. „Die Task Force koordiniert zudem die Hilfsangebote von Seiten der Wirtschaft für die

Menschen in der Ukraine“, sagt Hermes. „Sie vermittelt unter anderem die Lieferung von Hilfsgütern, aber auch von technischer Ausrüstung in die Ukraine.“

Jobs für Flüchtlinge aus der Ukraine

Darüber hinaus hat der Ost-Ausschuss eine Koordinationsstelle eingerichtet, die ukrainischen Flüchtlingen Jobs bei deutschen Unternehmen in ganz Europa vermittelt. Erste Jobangebote finden Sie auf der Webseite www.jobs.gu-dp.com. Sollten Sie sich mit Ihrem Unternehmen hieran beteiligen wollen, wenden Sie sich bitte an Adrian Stadnicki, Regionaldirektor Mitteleuropa im Ost-Ausschuss, Tel: 030-206167 138, a.stadnicki@oa-ev.de

Unterbringung von Flüchtlingen

Der Ost-Ausschuss unterstützt darüber hinaus die Arbeit von Rotary Deutschland und stellt aktuell Räumlichkeiten für den Krisenstab des Rotary Club Berlin Platz der Republik zur Verfügung. Der Club unterstützt mit dem Projekt „[Spaces for Ukrainian Refugees](#)“ die Organisation von Unterkünften direkt nach der Ankunft in Berlin, Deutschland und der EU.“

[Spaces for Ukraine - Rotary and Rotaract United for Ukraine](#)

Für Flüchtlinge: <https://forms.gle/U5x4s9CezacUcb4UA>

Für Gastgeber: <https://forms.gle/S6PwsNRGQg8KMTqH6>

Kontakt: info@rotary-platz-der-republik.berlin

Spenden für Hilfstransporte

Zusammen mit dem Deutsch-Ukrainischen Forum und der Deutsch-Ukrainischen Industrie- und Handelskammer unterstützt der Ost-Ausschuss die Hilfsaktion der Johanniter-Unfall-Hilfe, um Lebensmittel und andere Hilfsgüter an Bedürftige in der Ukraine zu verteilen. Die Johanniter bringen unter anderem Tausende von Hilfspaketen mit Lebensmitteln, Hygieneartikeln sowie medizinischem Material an die polnisch-ukrainische Grenze und in die Ukraine und versorgen ukrainische Krankenhäuser mit Medikamenten und medizinischem Verbrauchsmaterial, um auch die Versorgung für die Erkrankten und Verletzten sicherzustellen.

Spendenkonto: Johanniter-Unfall-Hilfe e.V., BIC: BFSWDE33XXX,
IBAN: DE94 3702 0500 0433 0433 00, Bank für Sozialwirtschaft, Stichwort: SupportUkraine,

Bei Fragen oder zur Weiterverbreitung relevanter Informationen zu Hilfsangeboten und Projekten Ihrerseits wenden Sie sich bitte an Stefan Kägebein (Tel: 030-206167 113, s.kaegebein@oa-ev.de) und Petya Hristova (Tel: 030-206167 155, p.hristova@oa-ev.de).

Europe-Direct-Kontaktzentrum nun auch in ukrainischer und russischer Sprache

Wie erfahre ich mehr über die EU-Hilfe für die Ukraine und über den vorübergehenden Schutz von Menschen, die vor der russischen Invasion der Ukraine fliehen? Welche Rechte ergeben sich daraus? Wo erhalte ich Hilfe? Welche restriktiven Maßnahmen wurden gegen Russland eingeleitet? Bei allen Fragen zur Solidarität der EU mit der Ukraine können sich Bürgerinnen und Bürger an das Europe-Direct-Kontaktzentrum (EDCC) der Kommission wenden, das ihnen als direkter Draht zur EU seit Donnerstag auch auf Ukrainisch und Russisch Antworten auf ihre Anliegen gibt. Ab Mitte April werden auch Telefonanrufe auf Ukrainisch und Russisch beantwortet.

Seit der russischen Invasion der Ukraine am 24. Februar hat das Europe-Direct-Kontaktzentrum als wichtiger Kommunikationskanal mit den Bürgerinnen und Bürgern mehr als 4.000 Fragen zum Krieg und zur Solidarität der EU mit der Ukraine beantwortet. Im letzten Jahr wurde zu 205.000 Fragen zu diversen EU-Themen Aufschluss gegeben. Unter anderem äußerten viele Bürgerinnen und Bürger ihre Meinung zu den Maßnahmen der EU und wollten wissen, wie sie Betroffenen aus der Ukraine helfen können.

Informationen zum EDCC:

[Beantwortet Ihre Fragen \(europa.eu\)](https://europa.eu)

Ukrainischer Hilfsstab - Norddeutschland

Die ukrainische Gemeinde in Norddeutschland hat einen Hilfsstab aufgebaut und informiert zusammen mit dem ukrainischen Generalkonsulat Hamburg mit Pressemitteilungen über aktuelle Entwicklungen.

Kontakt:

[Hilfe für Ukraine - Ukrainischer Hilfsstab \(hilfe-ua.de\)](https://hilfe-ua.de)

[Call-Center - Ukrainischer Hilfsstab \(hilfe-ua.de\)](https://hilfe-ua.de)

EU-Leitlinien für Flüchtlinge

Die EU-Kommission hat **Leitlinien für den Umgang** mit ukrainischen Flüchtlingen in den EU-Mitgliedsstaaten veröffentlicht. Diese sollen eine einheitliche Betreuung ermöglichen:

[Kommission veröffentlicht Leitlinien für Mitgliedstaaten zum vorübergehenden Schutz der Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine \(europa.eu\)](https://europa.eu)

Bundesfinanzministerium: Umgang mit Ukraine-Spenden

Das BMF hat eine Verwaltungsvorschrift für die steuerliche Handhabung von Spenden an die Ukraine veröffentlicht. Damit Unternehmen Spenden als Betriebskosten ansetzen zu können, ist laut BMF eine unmissverständliche Ausweisung als „Sponsoring“ notwendig:

https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Downloads/BMF_Schreiben/Weitere_Steuert_hemen/Abgabenordnung/2022-03-17-Stl-Massnahmen-Unterstuetzung-Ukraine-Geschaedigte.html



Hilfsangebote für Flüchtlinge aus der Ukraine

Unterkunftsangebote

I CAN HELP HOST

Wunderflats: [Furnished Apartments, Homes, Temporary housing - Rent on Wunderflats](#)

Rotary-Clubs europaweit: [Spaces for Ukraine - Rotary and Rotaract United for Ukraine](#);

For Refugees: <https://forms.gle/U5x4s9CezacUcb4UA>

For Hosts: <https://forms.gle/S6PwsNRGQq8KMTqH6>

Verkehr

- Kostenlose Bahnfahrt für Geflüchtete: <https://www.bahn.de/info/helpukraine>
- Mitfahrgelegenheit: <https://www.ukrainenow.org/refuge>

Informationen/Hilfsangebote

- Hilfsseite der Stadt Berlin: www.berlin.de/ukraine
- Hilfsmöglichkeiten für Freiwillige: <https://volunteer-planner.org>
- Organisation u.a. von Fahrten von Polen nach Deutschland, privaten Unterkünften in Berlin und weiteres: <https://linktr.ee/ukrainehelpberlin>
- Russische und ukrainische Telefonseelsorge: <https://www.diakonie-portal.de/themen/ehrenamt-freiwilligendienste/ehrenamt-und-engagement/telefon-doweria-telefon-doverija/>
- Hilfe für russischsprachige LGBTQ+-Menschen: <http://www.quarteera.de/>
- Freiwillige können sich eintragen für Übersetzungsangebote: <https://survey.lamapoll.de/Translators>
- Kostenlose Rechtsberatung: <https://www.rlc-berlin.org/>
- Informationen für Flüchtlinge aus der Ukraine und ehrenamtlich Helfende: <https://www.berlin.de/laf/ankommen/fluechtlinge-aus-der-ukraine/>
- Allgemeine und rechtliche Fragen: <https://berlin-hilft.com/ukraine/>
- Handout für Ankommende in Berlin: <https://www.dropbox.com/s/qub0hc1i3602ubg/Handout%20Arrival%20Ukr-Berlin%20Eng-RU-UA.pdf?dl=0>

- Direkte Hilfen an den Bahnhöfen – Vernetzung über Telegramgruppen: <https://docs.google.com/spreadsheets/d/1r8sn0eh7iPdob4YlXuOsZ9InhQHm9AwcQF7WYQmcpa4/edit#gid=816090739>
- Hilfen des Bundesinnenministeriums für Flüchtlinge (D/Uk/Rus): [germany4ukraine](#)

Schienenbrücke der Deutschen Bahn in die Ukraine für Hilfstransporte

Seit einigen Tagen bietet die Deutsche Bahn in Zusammenarbeit mit der Ukrainischen Eisenbahn eine Schienenbrücke für größere Hilfslieferungen in die Ukraine an. Unternehmen, die sich hier mit größeren Mengen beteiligen wollen, wenden sich bitte an:

Tel. 030-720 220 640, Mail: schienenbruecke-ukraine@deutschebahn.com

https://www.deutschebahn.com/de/presse/pressestart_zentrales_uebersicht/DB-startet-Schienenbruecke-mit-Hilfsguetern-in-die-Ukraine-7342490

Materialwirtschaft/Logistik

Der Bundesverband Materialwirtschaft, Einkauf und Logistik BME hat einen Info-Point rund um den Konflikt in der Ukraine aufgebaut. Mehr Informationen dazu finden Sie hier:

[Info Point: Ukraine-Konflikt - BME e.V.](#)

Lebensmittel

BMEL: Es gibt inzwischen eine Koordinationsstelle für Lebensmittelhilfen in die Ukraine Kontakt: E-Mail: info@lebensmittelhilfe-ukraine.de.

Medizinische Güter

Verbände der Arzneimittel- und Medizinproduktehersteller und des pharmazeutischen Großhandels bieten Unterstützung bei der Erbringung von Hilfsleistungen an. Die besondere Herausforderung besteht dabei darin, gespendete Arzneimittel und Medizinprodukte unter den dynamischen Bedingungen eines laufenden Krieges zu den Betroffenen in die Ukraine zu bringen. Um dies zu gewährleisten, arbeiten die Verbände mit dem [Deutschen Medikamenten-Hilfswerk action medeor e.V. \(action medeor\)](#) zusammen. Action medeor ist auf die Lieferung medizinischer Güter in Katastrophengebiete spezialisiert und verfügt über zuverlässige Partner in der Ukraine. Die Hilfsorganisation übernimmt selbst den Transport in die Ukraine, ihre Partner die Verteilung innerhalb des Landes, medeor

konzentriert sich derzeit auf die Deckung eines großvolumigen Bedarfs in der Ukraine und bittet um Spenden in größerem Umfang.

[Sachspenden](#), idealerweise palettenweise, sollten medeor mitgeteilt werden. Ansprechpartnerin ist Frau Noelia Martinez (Telefon: 02156 9788-144, E-Mail: ukraine@medeor.de). Im Gespräch mit den Hilfsorganisationen können die Details der Lieferung oder Abholung der Spenden geklärt werden.

Medeor übernimmt die notwendigen Formalitäten (u.a. Zollformulare), bittet jedoch darum, dass gespendete verschreibungspflichtige Arzneimittel im Fälschungsschutzsystem ausgebucht werden.

Bei großen Spenden medizinischer Güter (30 Paletten = 1 LKW-Ladung) kann die Spende direkt am Lager des Unternehmens vom ukrainischen Partner von action medeor abgeholt und in die Ukraine transportiert werden.

Mit der Spende von medizinischen Gütern und deren Verbringung außerhalb der Europäischen Union verbinden sich einige rechtliche Fragestellungen.

In Bezug auf Betäubungsmittel hat das Bundesministerium für Gesundheit am 6. März 2022 mit einer Allgemeinverfügung den Export in die Ukraine gestattet. In der Verfügung des BMG wird ferner klargestellt, dass Arzneimittel, die keine Betäubungsmittel sind, keiner Ausfuhrgenehmigung bedürfen; dies gilt auch für Medizinprodukte.

Mit Blick auf weitere Rechtsfragen regen die Verbände an, vor den jeweiligen Spenden Rücksprache mit den zuständigen Überwachungsbehörden zu nehmen.

Für Rückfragen stehen Ihnen die Ansprechpartner der Verbände gerne zur Verfügung. Selbstverständlich sind bei [action medeor](#), ebenso wie bei anderen Hilfsorganisationen, wie z.B. dem [Deutschen Roten Kreuz](#), auch Geldspenden willkommen.

Energiewirtschaft

Die energiewirtschaftlichen Verbände BDEW und VKU stehen mit BMWK und GIZ im Austausch zur Koordination von Unterstützung aufgrund von Hilfeersuchen ukrainischer Unternehmen der Energie- und Wasserwirtschaft. Die beiden Verbände haben hierzu eine Koordinierungsstelle gebildet. Ansprechbar sind Annika Herzhoff, Fachgebietsleiterin (herzhoff@vku.de, 030 58580 389), Nadine Gerks, Bereichsleiterin (gerks@vku.de, 030 58580 170) und Dr. Jörg Rehberg, Fachgebietsleiter (joerg.rehberg@bdew.de, 030 300 199-1211). BG, Alexander Götz (VKU)

Kontakt für humanitäre Hilfe in der ukrainischen Regierung

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskiy hat per Erlass eine Koordinationszentrale für humanitäre und soziale Angelegenheiten eingerichtet.

Die Zentrale auf drei Bereiche:

- humanitäre Hilfe von ausländischen Regierungen und internationalen Organisationen;
- Unterstützung der Militärverwaltungen und Gemeinden durch große ukrainische Unternehmen, ausländische Firmen und Ausländer;
- Unterstützung durch die Behörden auf Ersuchen der Militärverwaltungen und Gemeinden.

Internationale Organisationen, ausländische Unternehmen und Ausländer, bitte senden Sie Ihre Vorschläge zur Unterstützung hierhin:

iwanttohelpukrainians@gmail.com

Auf folgenden gemeinsamen Spendenaufruf der AHK/DIHK und des Ost-Ausschusses möchten wir hinweisen:

Deutsche Wirtschaft hilft der Ukraine in diesen schweren Stunden!

Sehr geehrte Damen und Herren – Vertreter aus Wirtschaft, Kultur, Zivilgesellschaft in Deutschland und der gesamten Welt!

In diesen dunklen Tagen ist es an der Zeit, dass die freie Welt die Menschen in der Ukraine unterstützt.

Das Deutsch-Ukrainische Forum, der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft und die Deutsch-Ukrainische Industrie- und Handelskammer rufen Sie auf, sich an der Hilfsaktion der Johanniter-Unfall-Hilfe, um Lebensmittel und andere Hilfsgüter an Bedürftige in der Ukraine zu verteilen.

Jetzt im Krieg ist die Not besonders groß. Viele Ukrainer sind auf der Flucht oder zuhause von Versorgung abgeschnitten.

Gemeinsam mit einem großen Netzwerk ukrainischer Partner, mit welchem das Deutsch-Ukrainische Forum seit Jahren Hilfspakete an Bedürftige in der ganzen Ukraine verteilt, können wir helfen. Wir bitten Sie dazu um Spenden auf das Ukraine-Spendenkonto der Johanniter:

Spendenkonto:
Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.,
BIC: BFSWDE33XXX
IBAN: DE94 3702 0500 0433 0433 00
Bank für Sozialwirtschaft
Stichwort: SupportUkraine

[Website zum Spendenaufruf der Johanniter: Link](#)



Rotary hilft.

Berlin
Rotary
Platz der Republik

Wer Flüchtlingen aus der Ukraine eine Unterkunft geben kann schreibt an **info@rotary-platz-der-republik.berlin** eine Nachricht mit folgenden Angaben:

1. Country -
2. Name -
3. City/town -
4. Phone number (für WhatsApp?) -
5. Amount of people I can host -
6. For how long I can host -
7. What I can offer in addition -

Wahlweise PN auf Facebook/Insta/LinkedIn oder per WhatsApp an: +4917663332850.

@ROTARY.PLATZDERREPUBLIK

Weitere Links von Initiativen:

Spenden an Aktion Deutschland Hilft

[❤ Online Spenden - Spenden Sie hier . Aktion Deutschland Hilft \(aktion-deutschland-hilft.de\)](#)

MitOst-Spendenaktion für die Zivilgesellschaft

[#StandWithUkraine – MitOst](#)

Übersicht zu Hilfsangeboten/Möglichkeiten

Eine umfangreiche Vernetzungsseite der Ukraine-Hilfe mit zahlreichen Beteiligungsmöglichkeiten finden Sie hier:

[@ukrainehelpberlin](#) | [Linktree](#)

Haftungsausschluss:

Die Update-Inhalte werden mit größter Sorgfalt erstellt und stammen aus seriösen und öffentlich zugänglichen Quellen. Für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Inhalte sowie für die im Update enthaltenen Links zu den externen Websites Dritter können wir jedoch keine Gewähr übernehmen.

Das Update ist für interne Zwecke der Abonnenten und die Mitglieder des Ost-Ausschusses bestimmt. Eine Weiterleitung sollte nur nach Rücksprache mit uns erfolgen und geschieht in Eigenverantwortung.

Kontakt:

Andreas Metz

Leiter Public Affairs | Director of Public Affairs

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

German Eastern Business Association

Postanschrift (Postal Address) | Breite Str. 29, 10178 Berlin

Besucheradresse (Visiting Address) | Gertraudenstraße 20, 10178 Berlin

T. +49 30 206167-120 | A.Metz@oa-ev.de

[Website](#) | [Newsletter](#) | [Disclaimer](#) | [Facebook](#) | [Twitter](#) | [LinkedIn](#) | [YouTube](#)

